

LINKSDRUCK AKTUELL

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

November 2015

Rede des Fraktionsvorsitzenden

„Brandenburg zeigt Herz“ – Flüchtlingen Schutz vor Terror bieten



Als Zeichen der Solidarität: Die Abgeordneten der LINKEN Fraktion zeigen Herz

Am Anfang war Schweigen - das ehrende Gedenken für die Todesopfer der IS-Anschlagserie von Paris. Unter der demokratischen Mehrheit des Hauses herrschte dann Einigkeit: Terror, auch wenn er sich islamistisch gebärdet, kann nicht jenen angelastet werden, die - aus dem islamischen Kulturkreis kommend - bei uns Zuflucht suchen. Diese Menschen fliehen vor genau dem Terror, vor genau jenem "Islamischen Staat", der jetzt Paris, der jetzt den Westen, der jetzt uns mit einer Orgie von Mord und Gewalt überzogen hat.

Wenn wir denn also eine Verbindung zwischen Paris und den Flüchtenden erkennen wollen, dann genau diese: die Erkenntnis einer gemeinsamen Bedrohung. Und die Schlussfolgerung lautet dann eben nicht Abschottung und Verdächtigung - sondern

Solidarität, Hilfe, gemeinsame Abwehr, gemeinsamer Aufbau einer besseren Welt. Beginnend bei uns, aber mit klarem Blick auf die Heimatländer der Schutzsuchenden - dort müssen endlich die Bedingungen für ein menschwürdiges Leben (wieder) hergestellt werden.

Erschreckend ist das Kriegsgeschrei dieser Tage. Ja - der IS hat seinen Krieg nach Europa getragen. Aber unsere Antwort kann doch nicht sein, dass wir uns mit blindem Geschrei in diesen Krieg stürzen! Als zivilisierte Gesellschaften brauchen wir zivilisierte Antworten, ein politisches Konzept, keine militärischen Kurzschluss-Operationen wie Afghanistan oder wilde Abenteuer wie im Irak. Diese Waffengänge waren nicht gewinnbar - und haben erst mit zu dieser Lage geführt, der wir uns jetzt stellen müssen.

Und vor der so viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen und zu uns kommen. Ihre große Zahl hat klar gemacht: Deutschland ist ein Einwanderungsland - und zwar eines der begehrtesten auf der Welt. Daher muss sich die deutsche Gesellschaft auch als Einwanderungsgesellschaft verstehen und entwickeln lernen, dann muss sie entsprechend gestaltet und auch umgebaut werden. Das wird unser aller Leben verändern - und zugleich gilt es, auf diesem Wege Grundwerte des Zusammenlebens wie Demokratie und Pluralismus, Rechtsstaat, Sicherheit und Freiheit des Individuums, Säkularität und Gleichstellung der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit und Chancen für alle zu bewahren und unter diesen veränderten Bedingungen zur Geltung zu bringen.

Die Menschen, die heute zu uns kommen, sind zunächst noch Fremde. Doch das wird sich ändern, wenn sie Stück für Stück unsere Sprache erlernen, wenn sie unsere Nachbarn, Kollegen, unsere Partner und persönlichen Freunde werden. Das Aufeinanderzugehen hat schon längst begonnen - in den Willkommens-Initiativen, bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, auf Webseiten wie "Help to" oder "Brandenburg zeigt Herz". Wer das - wie AfD-Chef Gauland - als das Treiben von "nützlichen Idioten" in den Dreck zieht, disqualifiziert sich selbst.



Ralf Christoffers
Fraktions-
vorsitzender



Verwaltungs-Strukturreform: LINKE zieht erste Schlussfolgerungen

In einer Aktuellen Stunde wurde nach den 18 Leitbildkonferenzen eine Zwischenbilanz im Bürgerdialog zur Verwaltungs-Strukturreform gezogen. Auf den Veranstaltungen gab es ganz unterschiedliche Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der jeweiligen Betroffenheit zu sehen sind. Das reichte von einer starken Abwehrhaltung in den kreisfreien Städten außer Potsdam bis zu einer großen Differenzierung bei den 14 Landkreisen. Es gab manche Kritik, so an der möglichen Größe und Schneidung von Landkreisen und Gemeinden und an einer Beteiligung aller Kommunen bei einer Teilentschuldung mit der Hälfte. In jedem Fall ist die Diskussion über notwendige Veränderungen landesweit vor Ort in Gang gekommen, werden vielerorts Überlegungen angestellt, wie

sich das Land langfristig auf die Folgen der demografischen Entwicklung einstellen und auch die absehbaren Ausfälle in den öffentlichen Haushalten meistern kann. Die Linke hat erste Schlussfolgerungen aus der bisherigen Diskussion gezogen. Dabei sehen wir uns in folgenden Punkten bestärkt:

1. Wir wollen den Landkreisen und Gemeinden Gestaltungsmöglichkeiten schaffen, durch eine Teilentschuldung, durch Erstattung der Transformationskosten und eines Standardanpassungszuschusses.
2. Wir wollen im Reformprozess keine betriebsbedingten Kündigungen.
3. Wir wollen keine Teilung von Kreisen bei Fusionen.
4. Die kreisfreien Städte sollen bei einer

Einkreisung gestärkt, ihre Handlungsspielräume durch eine finanzielle Entlastung, insbesondere auch für die landesweit bedeutsamen Kultureinrichtungen, und durch eine sinnvolle Aufgabenverteilung erweitert werden.

5. Dabei wollen wir das kommunale Ehrenamt stärken.

6. Wir halten es für richtig, das Modell der Amtsgemeinde zügig einzuführen, als Angebot für die Ämter und Gemeinden.

In der weiteren Diskussion sind wir offen dafür, dass die künftigen Kreissitze durch den Landtag festgelegt und Ausgleichsregelungen für den Verlust von Kreissitzen getroffen werden. Wir können uns vorstellen, die bisher vorgesehene Regelmindesteinwohnerzahl für die Landkreise von 175.000 Einwohnern auf 150.000 Einwohner und auch die Mindesteinwohnerzahl für amtsfreie Gemeinden von 10.000 auf 8.000 Einwohner zu reduzieren. Das soll Gegenstand der weiteren Diskussion sein, die noch bis zur Mitte des kommenden Jahres andauern wird. Wir wollen eine Reform mit Augenmaß, um eine hohe Akzeptanz und ein hohes Maß an Freiwilligkeit zu sichern. Dabei lassen wir uns vom Vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung leiten und wollen gemeinsam mit den Kommunen die Reform zum Erfolg führen.



Hans-Jürgen Scharfenberg
Innenpolitischer Sprecher

Rahmenlehrpläne: Ein Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit

Seit kurzem ist der neue Rahmenlehrplan für die Bundesländer Berlin und Brandenburg veröffentlicht. Erstmals wurde der Rahmenlehrplan in einem öffentlichen Verfahren diskutiert. Ein halbes Jahr lang konnten Fachkonferenzen, Lehrkräfte, Schulleiter sowie Bildungsexperten Anmerkungen und Hinweise abgeben. Viele Vorschläge und Kritikpunkte sind aufgegriffen worden.

DIE LINKE begrüßt die Einführung des neuen Rahmenlehrplans, denn es ist ein Schritt hin zu einem gerechteren Bildungssystem. So gibt es erstmals einen gemeinsamen Plan für die Klasse 1 bis 10. Damit kommen wir unserem Ziel der Gemeinschaftsschule eine Stück näher und wir erleichtern damit die Durchlässigkeit

zwischen den Jahrgangs- bzw. Schulstufen. Eine weitere Neuerung ist die Integration des Lehrplans für den Förderbedarf Lernen, eine wesentliche Grundlage für einen inklusiven Unterricht. Ein Vorteil ist die Einführung von Kompetenzfeldern und Niveaustufen – Schülerinnen und Schüler können damit viel individueller im Unterricht gefördert und je nach ihren Fähigkeiten unterrichtet und bewertet werden. Als LINKE begrüßen wir außerdem, dass künftig zentrale Themen wie z.B. Medienbildung, Sprache oder Demokratieerziehung, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung sowie Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter als Querschnitt in allen Fächern Platz finden. Der Unterricht wird sich künftig mehr an der Lebenswelt

der Kinder und Jugendlichen orientieren. Der Rahmenlehrplan soll zum Schuljahr 2017/18 in Kraft treten. Die Lehrerinnen und Lehrer sind diejenigen, die den Plan mit Leben erfüllen und umsetzen werden. Dazu benötigen sie nun zügig Unterstützung in Form von Fortbildungsangeboten und gut aufbereitete Unterrichtsmaterialien, besonders in den Fächern Gesellschafts- und Naturwissenschaften in Klasse 5 und 6.



Kathrin Dannenberg
Bildungspolitische Sprecherin



Nach Anschlag in Jüterbog: Abgeordnete spenden für verwüsteten Jugendclub

Nach dem wahrscheinlich flüchtlingsfeindlichen Anschlag in Jüterbog wird die Fraktion DIE LINKE ihre erste monatliche Diätenerhöhung spenden, um den betroffenen Jugendclub zu unterstützen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ralf Christoffers: „Wir wollen mit unserer Spende von 4250 Euro den Wiederaufbau und die Wiedereinrichtung des Jugendclubs unterstützen. Hier soll schnell erneut Leben einziehen. Helfer wie Flüchtlinge sollen auch im wahrsten Sinne des Wortes wieder ein sicheres Dach über dem Kopf

haben. Wir lassen uns von dieser menschenfeindlichen Tat nicht einschüchtern, sondern werden weiter mit vielen anderen daran arbeiten, dass die Integration von Flüchtlingen gut gelingt.“



Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender

Karenzzeit für Regierungsmitglieder

Mit der Einführung von Karenzzeiten durch den Bundestag war auch in Brandenburg der Boden für eine Karenzzeit-Regelung bereitet. Mit unserer Regelung stellen wir mehr Transparenz beim Übergang von der Politik in die freie Wirtschaft her. Für eine solche Regelung setzt sich die DIE LINKE auf Bundesebene und in den Bundesländern bereits seit langem ein – ohne uns in Regierungsverantwortung hätte es sie nicht gegeben.

Der Wechsel von Staatssekretärin Katharina Reiche in die Wirtschaft hat die Debatte über Karenzzeiten verstärkt. Auch in Brandenburg gab es in der Vergangenheit entsprechende Fälle, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Die Einführung von Karenzzeiten in Brandenburg orientiert sich in großen Teilen am Bundesministergesetz: Hinsichtlich der Dauer der möglichen Untersagung gehen wir über die Bundesregelung (max. 18 Monate) hinaus und ermöglichen eine Untersagung für die ersten zwei Jahre nach dem Ausscheiden. Eine Untersagung ist möglich, wenn eine Tätigkeit in Bereichen oder Angelegenheiten aufgenommen werden soll, in denen das Regierungsmitglied oder das ehemalige Regierungsmitglied während seiner Amtszeit tätig war, oder die Zusammenarbeit mit natürlichen oder juristischen Personen beinhaltet, die bereits bei der Amtsausübung von erheblicher Bedeutung war.



Thomas Domres
Parlamentarischer Geschäftsführer

LINKE will gute Berufs- und Studienorientierung an Brandenburgs Schulen

Eine wichtige Aufgabe der Schule ist es unter anderem, junge Menschen auf ihren zukünftigen Weg nach der Schule – ob Berufsausbildung oder Studium – vorzubereiten. Viele Schulen in unserem Land leisten in diesem Bereich schon seit Jahren eine gute Arbeit und kooperieren mit außerschulischen Akteuren. So gibt es bereits 79 Schulen, die für ihre Berufs- und Studienvorbereitung ausgezeichnet wurden.

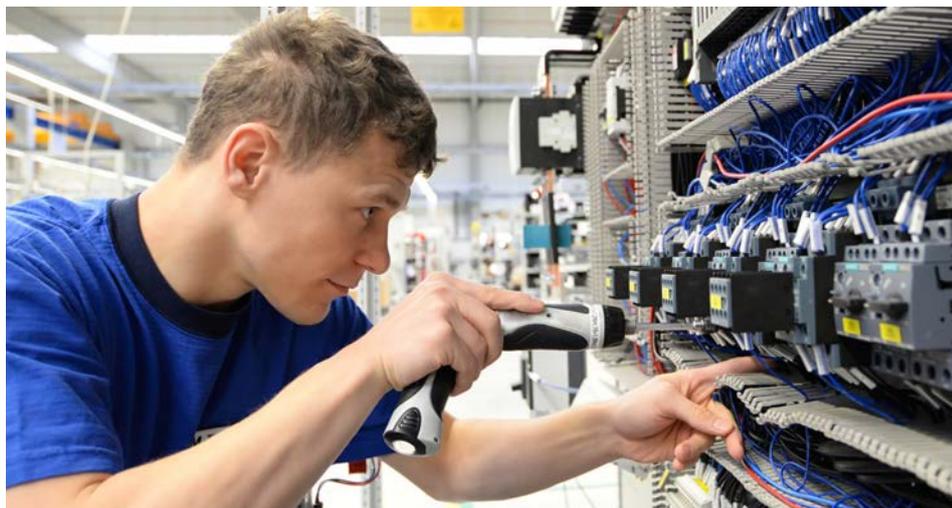
Dennoch blieben in den vergangenen Jahren über 10 Prozent der Lehrstellen im Land unbesetzt, gleichzeitig erhielten viele Jugendliche keine Lehrstelle. Fast ein Drittel aller Ausbildungsverträge werden leider vorzeitig aufgelöst.

Darum hat DIE LINKE die Landesregierung beauftragt, ein Konzept zum Übergang von Schule zum Beruf auszuarbeiten. Das Konzept liegt nun vor. Insgesamt wird das Land rund 60 Millionen Euro in dieser Förderperiode investieren. So sollen zum Beispiel zukünftig flächendeckend lokale Koordinierungsstellen – verortet an den

regionalen Oberstufenzentren – den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, Betrieben usw. als Anlauf- und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Das Landesinstitut für Schule und Medienbildung erarbeitet Handreichungen und Materialien, um die Schulen in ihrer praktischen Arbeit zu unterstützen. Das Praxislernen wird ausgebaut, damit die Schüler schon sehr früh in verschiedenen Berufsfeldern eigene Erfahrungen sammeln können. Außerdem strebt das Land Potentialanalysen für die Schüler und Schülerinnen in allen weiterführenden Schulen flächendeckend an. Noch gibt es für DIE LINKE offene Fragen. Darum wird das Konzept im zuständigen Ausschuss diskutiert, um es weiter zu qualifizieren.



Kathrin Dannenberg
Bildungspolitische Sprecherin



Regionalisierungsmittel des Bundes: Brandenburg braucht Geld für die Schiene

Die Regionalisierungsmittel des Bundes dienen der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf der Schiene. Seit Jahren fordert DIE LINKE eine auskömmliche Finanzierung des Bundes, die alle Fachleute auf 10 Milliarden Euro - mit zwei Prozent Aufwuchs jährlich beziffern. Die Zusage des Bundes für das Jahr 2016 beträgt jedoch nur 8 Milliarden Euro und einen jährlichen Aufwuchs von 1,8 Prozent. Für Brandenburg ein ungerechter Plan, da die Aufteilung nach einem neuen, dem „Kieler Schlüssel“ erfolgen soll. Das heißt konkret, mit geringen Einwohnerzahlen und vielen Zugkilometern werden wir künftig weniger Geld erhalten. Das würde für Branden-

burg schmerzhaft finanzielle Einbußen bedeuten. Wir werden uns damit nicht zu Frieden geben. Der Brief des Ministerpräsidenten im Namen der Ostdeutschen Länder an die Bundeskanzlerin verweist darauf, dass die ostdeutschen Länder nicht benachteiligt werden dürfen. Deshalb setzen wir auf die Verhandlungen mit dem Bund, der sich auf Grund der Beschlussfassung des Bundesrates um die konkrete Verteilung auf die einzelnen Bundesländer kümmern soll. Der Bundesrat hat auch vorgegeben, die Dynamik des Anstiegs der Infrastrukturentgelte zu begrenzen und die Trassenentgelte der DB AG als bundeseigener Eisenbahngesellschaft zu begrenzen. Das unterstützen

wir sehr. Seit der Bahnreform 1994 haben wir spürbar mit der radikalen Marktausrichtung der DB AG zu kämpfen, die für die öffentliche Daseinsvorsorge negative Auswirkungen hatte. Wir wollen, dass die Bahn zu ihrer öffentlichen Verantwortung zurückkehrt.

Im Zuge nachhaltigen Entwicklung des Landes und der Diskussion des Mobilitätskonzepts spielt der öffentliche Personenverkehr eine immer bedeutendere Rolle. Die Sicherung der Qualität erfordert eine ausreichende Finanzierung vom Bund.



Anita Tack
Mitglied im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung



www.linksfraktion-brandenburg.de



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!

Parlamentsdebatten über Landwirtschaft

Geflügelhaltung im Fokus: Aufgrund einer Großen Anfrage befasste sich der Landtag mit der Geflügelhaltung in Brandenburg. Wie bei keiner anderen Nutztierart sind die Bestände in den letzten 20 Jahren wieder angestiegen – auf der einen Seite erfreulich für die Wertschöpfung im ländlichen Raum, auf der anderen Seite konfliktbeladen wegen der Auswirkungen auf Anwohner, Umwelt und Tierschutz. Ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen fordert die Übertragung von Erfahrungen besonders tierschutzgerechter Demonstrationsbetriebe in die Praxis und die Etablierung von Regeln zur Putenhaltung. Bereits zuvor hatte die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur rechtlich verbindlichen Regelung von Tierschutzanforderungen bei der Putenmast unterstützt.

Flächen für heimische Landwirte:
Im Gegensatz zur bundeseigenen BVVG

zwingt das Land Brandenburg die Landwirte nicht zum Kauf der von ihnen bewirtschafteten Flächen zu übersteuerten Preisen. Pächter können bei den Flächen aus dem ehemaligen Preußenvermögen entscheiden, ob sie kaufen oder langfristig weiter pachten wollen. Dies soll so fortgeführt werden. Für Landesprojekte (z.B. Hochwasserschutz) wichtige Flächen sollen nicht verkauft werden, ebenso wenig Waldflächen. Das beschloss der Landtag nach Beratungen im Agrarausschuss.



Anke Schwarzenberg
Sprecherin für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Jan Langehein (Leitung)
Telefon: 03 31/966 15 44 · Telefax: 03 31/966 15 07
jan.langehein@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy
FOTOS Fraktion zeigt Herz: © Linksfraktion Brandenburg, Bücherregal: © Linksfraktion Brandenburg, Willkommenskultur: Linksfraktion Brandenburg, Azubi: © industrieblick/fotolia.de, Regionalbahn: © Oleksiy Mark/fotolia.de

LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg

AUFLAGE

5.000 Stück
DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

